

## So wird es nicht gehen.

Nun kommt zu allem Ungewissen der inneren Politik die Abkehr der Polen. Der Polenklub hat gestern erklärt, „daß er nicht in der Lage sein werde, die Regierung zu unterstützen“, und man tröstet sich, daß der Beschluß, weil nicht alle Mitglieder da waren, „keine weitreichenden Wirkungen haben wird“. Wir glauben natürlich auch nicht, daß der Polenklub plötzlich alles niederstimmen werde, was die Regierung vorschlägt; er wird sich auch bei der Opposition nicht überstürzen. Die Frage wird überhaupt falsch gestellt, wenn nur gefragt wird, wo Graf Clam-Martinic eine Majorität finden werde. In einer Majorität hat es einem österreichischen Ministerpräsidenten noch nie gefehlt; an ihrem Mangel ist noch keine Regierung zugrunde gegangen. Die Abstimmungen, die sie heischt, gelten entweder den sogenannten Staatsnotwendigkeiten, dann scheiden sie aus dem Bereich des Vertrauens zur Regierung ohnedies aus; oder es handelt sich um sachliche Gesetze, und auf die legt keine Regierung einen Wert, der ihr den Besitz einer zuverlässigen Mehrheit nötig machen würde. Namentlich während eines Krieges, da für die Regierung die patriotischen Instinkte wachgerufen werden und mit Beschlag belegt werden können, ist die Sorge nach der zahlenmäßigen Mehrheit nicht das, was die Regierung ängstigen muß.

Es handelt sich um etwas ganz anderes und da steht die Regierung Clam-Martinic allerdings einer Lage gegenüber, die sie wahrscheinlich gar nicht begreift, gewiß aber nicht zu meistern vermag. Nach allem dem, was man am Parlament gefordert, nach den schändlichen Dingen, die durch Jahre von der Regierung Stürzlgäh verübt worden sind, kann das Abgeordnetenhaus nur gedeihen, wenn bei den Parteien der Wille zum Parlament erweckt wird, wenn sie in diesem Parlamentswillen vereinigt werden. Im Wesen bedeutet die Bejahung des Parlaments die Bejahung des Staates; deshalb ist das wirkende Parlament ein Ausdruck der Konsolidierung des Staates, das gestörte ein Beweis seiner Unfertigkeit und Unzulänglichkeit. Aber wie soll dieser Wille zum Parlament geweckt, oder richtiger, wie soll er organisiert werden, damit er, der sicherlich vorhanden ist, sich nicht verflüchtigt? Mit dem bloßen Hinweis auf die wichtigen Aufgaben des Parlaments nach innen und außen ist wenig getan; deshalb nichts, weil das Parlament, durch die dreijährige Ausschaltung und Mißhandlung, die man ihm angetan, eigentlich auch aus dem Bewußtsein der Abgeordneten und Parteien selbst geschwunden ist; wird doch die Einberufung des Reichsrates von ihnen sozulagen als Zufall betrachtet. Es ist auch nur eine Selbsttäuschung — aber die sind hierzulande ja sehr beliebt — sich die Dinge so vorzustellen, als ob der Sinn aller Nationen auf das gleiche Ziel, nämlich auf das Ziel, das wir als die Bejahung des Staates und Parlaments bezeichnen, gerichtet wäre; so rosig ist die österreichische Wirklichkeit nicht beschaffen. Dazu kommt noch, daß sich die Nationen drei Jahre lang gemieden haben, daß all die Fäden, die, allem Streit zu Trost, das gemeinsame Parlament doch hervorgebracht hat, abgerissen sind; daß das Abgeordnetenhaus ein gestaltloses Chaos ist, aus dem das arbeitende und wirkende Parlament der Bildner erst zu formen hat. Wo aber ist der Bildner zu erblicken?

Ganz naturgemäß könnte es nur die Regierung sein. Wer denn anders soll die nationalen Parteien, die sich heute nicht etwa Gewehr bei Fuß, sondern

schon Gewehr in der Hand gegenüberstehen, die einander bestenfalls fremd geworden, vielfach aber mit Ingrimm im Herzen gegeneinander stehen, wer soll diese Parteien zusammenführen, ihnen das Bewußtsein der Gemeinsamkeit wecken, sie mit dem Vorsatz erfüllen, zusammenzuhalten, um das so tief erniedrigte Parlament wieder emporzuheben; wer, wenn nicht die Regierung? Wer, fragen wir, kann sonst zwischen Deutschen und Tschechen vermitteln? Auf das Wunder, daß plötzlich über all die verhetzten, von Chauvinismus durchtränkten nationalen Parteien die Erleuchtung kommen werde, daß sie alles, was sie trennt, zurückstellen und sich in der Erkenntnis vereinigen sollen, das Wichtigste sei nun die Wiedererweckung und Behauptung des Parlaments, das Wichtigste wegen der großen Aufgaben im Innern und des Ansehens nach außen: auf diese plötzliche Erleuchtung können nur politische Kinder rechnen. Selbst wenn jeder die Erkenntnis vorweg hätte, wäre noch nichts getan; die Aufgabe ist, sie alle in dieser Erkenntnis zu vereinigen, diese Erkenntnis wirkend zu machen. Das muß geleistet werden, das kann aber nur die Regierung leisten, also müßte sie es leisten.

Indessen sehen wir, daß die Regierung Clam-Martinic die Gegensätze, statt sie zu schließen, nur noch verschärft. Wenn wir sagen, die Gegensätze müssen geschlossen werden, so denken wir natürlich nicht an einen saulen Burgfrieden und stellen uns die Dinge schon gar nicht so vor, daß irgend eine rührende politisch-patriotische Idylle anheben könnte und solle. Das alles sind Utopien, obwohl jetzt die Neigung besteht, sie schon als Wirklichkeiten auszugeben; angesichts des Nationalitätenstreites und infolge des Klassenstaates unerreichbare Dinge. Aber was gefordert werden muß, ist eben, daß die Grundauffassungen von dem Verhältnis der Nation zum Staate wenigstens parallel laufen; daß alle in einem Grundwillen vereinigt werden, der zum Staate und, danach und daraus, zum Parlament führt. Hier setzt die Pflicht der Regierung ein; die Regierung Clam-Martinic ist aber weit davon entfernt, auf dem richtigen Wege zu sein. Mit den unglückseligen Belangen, die erst versprochen, dann verleugnet wurden, hat sie die Deutschbürgerlichen in die Sackgasse geführt; nun fühlen sie sich, in denen der Ernst ja nie besonders ausgebildet war, verletzt, gekränkt, und wie sie diese verärgerte Stimmung an dem Parlament auszulassen gedenken, zeigt die Erklärung des Herrn Dr. Groß; ist doch der Herr Dobernig eigentlich deshalb verworfen worden, weil er für die Gesundheitsarbeit, die vom Präsidenten auszugehen hat, die besseren Bürgschaften bot. Herr Dr. Groß ist der Kandidat aus dem Trost gegen das Parlament. Die Tschechen, denen man zuerst gedroht hatte, daß man sie, bildlich gesprochen, an die Wand drücken und über ihre Empfindlichkeiten zur Tagesordnung der Belange übergehen werde, deren gute Meinung zu gewinnen dann aber ein merkliches Bestreben wurde, sind durch den Stimmungswechsel nicht gerade ein biegsameres und lenkbareres Element geworden; das spürt man schon, da man sieht, daß nun sie mit „Belangen“ ausrücken. Und welcher Einfall war es doch, den Polen zuerst die Sonderstellung zuzufügen und diese nun als eine unzeitgemäße Doktorfrage zu erklären? Ihr Beschluß zeigt, wie die Gärung, durch die Ereignisse im Osten noch verstärkt, ins Blut übergegangen, wie stark die Unruhe unter ihnen ist. Wie soll sich da ein Zusammenarbeiten herausbilden, wo sind die Stützen der Arbeitsfähigkeit des Parlaments zu sehen? Die Arbeitsfähigkeit setzt eine gewisse freudige Energie auf allen Seiten voraus; überall ist aber nur Verärgerung und Verdrossenheit wahrzunehmen. Aus Verärgerung und Verdrossenheit gebiert sich aber kein lebensfreudiges Werk. Zudem alle Parteien das Vertrauen zur Regierung verlieren, verlieren sie es auch zu sich, zu der Möglichkeit eines einträchtigen Wirkens; schwindet das Vertrauen zum Parlament. Wie hat sich unter den Händen der Regierung das Vertrauen auf die Auferstehung des Parlaments verflüchtigt! Der so lebhaft pulsierende Wille erschlafft allmählich, und graue Zweifelbreiten sich über das Haus, bevor es noch erscheint.

Der Regierung Clam-Martinic, die sich um die Bewahrung rechtsschaffen bemüht und der im allgemeinen der gute Wille nicht abzusprechen ist, fehlt alles, was man politische Begabung nennt. Es fehlt

ihre da an allem; an den Männern, an den Ideen, an dem Eifer; die Politik ist, da sie ja nicht in den Akten vorkommt, kein Gegenstand ihres Interesses. Um die eingerostete Maschine des Parlaments leidlich in Bewegung zu bringen, würde es eines nimmermüden Antriebes bedürfen, einer gesteigerten Lebhaftigkeit, würden Initiative und politischer Scharfsinn nötig sein. Wenn Graf Clam-Martinic die Sachlage unvorcingenommen prüft, wird auch er zu dem Schluß kommen, daß es so nicht geht und nicht gehen wird.